

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 7 :. 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b :. Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 14. Februar 1919

## Proklamation an die Arbeiter aller Länder!

Die in Bern am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundsätze auf: Das neue Gesez hofft, die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen bedürfen aller Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Beteiligung, die einem allgemeinen Zwecke dient, und nicht von derjenigen, die der Befriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gewohnheit ist, abhängig. Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, sondern daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft werde. In dieser Erwägung erstreben die Arbeiter die Beseitigung der Lohnarbeit, ebenso die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jedes Ueberrestes einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Leitung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Massen gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturmenschen eine rationelle Verteilung der Produktion bestimmt, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Uebereinstimmung gebracht werden. Sie fordert die Beseitigung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit fast durchweg bestehen ließ. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und internationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund methodischer Prozedur durchgeführte Bewertung der individuellen Leistung in

der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestattet.

Durch die Erfahrungen des Krieges und anderer andauernder Leiden gewisigt und angesichts der durch den Krieg verursachten Zerstörungen muß sich die Arbeiterschaft sagen, daß sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichern muß. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß das Bestreben, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man ein Ideal aufgeben muß. Im Gegenteil verlangt die gegenwärtige Konferenz Sicherheiten für das Recht auf Freizügigkeit, Koalition, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und Arbeiterhygiene.

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die ununterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeitergesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden kann. Dieses Amt soll sich auf ein internationales Arbeitsparlament, in welchem Delegierte aller Länder und aller Berufe vertreten sind, stützen. Aus diesem internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konzeptionen, sondern internationale Geseze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme ab Rechtskraft haben wie die nationalen Geseze. Diese Auffassung der Rolle des internationalen Parlaments bedingt eine internationale Gesetzgebung, die zum Wohle der Völkerliga geschaffen wird, d. h. eine übernationale Souveränität. Diese Neuerung wird den Beginn einer neuen Ära bedeuten, in welcher die Arbeiterklasse aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft wie im nationalen Bewußtsein in der Richtung des Fortschritts und der Besserstellung für alle entwickeln könne. Die Versammlung nahm ohne Erörterung die Proklamation einstimmig an.

## Zehnter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 30. Juni 1919, in Nürnberg.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorzusehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
  - a) Allgemeine Agitation.
  - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
  - c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
  - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
  - e) Korrespondenzblatt.
  - f) Sozialpolitische Abteilung.
  - g) Zentral-Arbeitersekretariat.
  - h) Regelung der Grenzstreitigkeiten.
4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands.
5. Beratung des Organisationsstatuts des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands.
6. Die Sozialisierung der Industrie und Landwirtschaft.
7. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Ein Organisationsstatut für den Bund der Gewerkschaften Deutschlands wird von einer seitens der Konferenz der Verbandsvertreter eingesetzten Kommission ausgearbeitet und so rechtzeitig vor der Kongreßsitzung veröffentlicht werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder zu ihm Stellung nehmen können.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzufenden.

Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder können nur dann zugelassen werden, wenn sie von einer Zählstelle oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Der Kongreß wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen.

Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach der von dem neunten Gewerkschaftskongreß (München 1914) beschlossenen Bestimmungen.

**Inhalt. Beitragsleistung. — Proklamtion an die Arbeiter aller Länder. — 36nter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. — Tarifbewegung in der Lederwaren- und Reiseartikel-Industrie. — Eine Vollsitzung des Ausschusses der Lederwirtschaft. — Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände. — Aus unrem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Sterbetafel. — Anzeigen.**

**Für die Woche vom 16. bis 22. Februar 1919 ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Plicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.**

## Carifbewegung in der Lederwaren- und Reiseartikel-Industrie.

Die durch den Ausgang des Krieges und die im November vorigen Jahres zur Lat gewordene politische Umwälzung eingetretenen Zustände auf wirtschaftlichem Gebiet drängen dazu, die Frage zu beantworten, wie werden sich die Zustände in der auf Ausfuhr angewiesenen Lederwarenindustrie gestalten? Urteile und Gedanken aus Unternehmerkreisen haben wir in Nr. 5 unserer Zeitung veröffentlicht. Danach stehen die Aussichten sehr schlecht. Die Leistungsfähigkeit der Industrie wird wegen der hohen Materialpreise, der erhöhten Arbeitslöhne und wegen des eingeschränkten Achtstundentages bezweifelt.

Die Arbeiterschaft hat schon lange erkannt, wie sehr sie auf Gedeih und Verderb mit der Industrie verbunden ist. Deshalb ist sie mit Energie für die Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten und wird es auch unter den neuen Verhältnissen tun. Allerdings werden die Lederwarenfabrikanten es sich an gelegen sein lassen müssen, den gegebenen Tatsachen Rechnung zu tragen, sich mit dem Gedanken zu versöhnen, die Produktionsart auf eine andere Grundlage zu stellen. Dabei denken wir keineswegs an eine Sozialisierung der Lederwarenbetriebe. Denn eine Industrie, die, soweit die Produktionsform in Frage kommt, zumeist noch in den Kinderschuhen steckt, d. h. sich noch der Heimarbeit in großem Umfange bedient, in der nicht die Manufaktur, noch weniger die maschinelle Technik Eingang gefunden hat, andererseits auf die Ausfuhr ihrer Fabrikate bis zu 60 Proz. angewiesen war, hat keine Eignung zur Sozialisierung. Die lange Kriegsdauer hat die Einfuhrländer, hauptsächlich England, veranlaßt, ihren Bedarf an Lederwaren im eigenen Lande herzustellen. Und wenn auch hier übertriebene Berichte kursieren, fest steht, die deutsche Vorherrschaft auf dem LederwarenmWeltmarkt ist stark erschüttert, zumal die Einfuhr notwendiger Rohmaterialien nicht gesichert ist.

Deutschland braucht aus volkswirtschaftlichem Interesse die Veredelungs- und Ausfuhrindustrie auf das notwendigste. Sie ist das einzige Mittel, Ueberschüsse zu ermöglichen und so das deutsche Volk vor gänzlicher Verelendung zu schützen. Damit soll gesagt sein, daß auch in einem rein sozialistischen Deutschland Industriezweige sein müssen, aus denen Ueberschüsse, Mehrwerte, erzielt werden müssen. Nur darf es nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen, d. h. durch lange Arbeitszeit und kurze Entlohnung, sondern durch rationellere Betriebseinrichtungen. Auch dürfen die Ueberschüsse nicht wie bisher in die Taschen der Unternehmer fließen. Sie sind der allgemeinen Volkswirtschaft zuzuführen. Wie das erreicht werden soll, bleibt der von ziellosen Arbeitern beeinflussten Gesetzgebung vorbehalten.

Wir wollen in dem Rahmen dieses Artikels uns mit dem Nächstliegenden beschäftigen.

In wenigen Wochen ist der Kündigungs termin aller für die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie geltenden Arbeitsverträge herangerückt. Von dem Kündigungsrecht wird allerorts Gebrauch gemacht werden, schon um den neuen Verhältnissen Rechnung tragen zu können. Wie die Erfahrungen bewiesen, reichen die Monate März bis Juni nie aus, die Verhandlungen für einen neuen Tarif zum Abschluß zu bringen. Es wird also gut sein, in diesem Jahre nicht erst

die offizielle Kündigung abzuwarten, sondern schon jetzt mit der gegebenen Tatsache, daß die Verträge gekündigt werden, zu rechnen. Ebenso damit, daß die Arbeiterschaft nur einem Vertrage zustimmen wird, durch welchen die Heimarbeit nur Personen mit körperlichen Gebrechen gestattet, das Zwischenmeisterystem aber gänzlich verboten ist. Wir sind uns bewußt, die Unternehmer werden diesen ernstlichen Vorstoß abzuwehren suchen mit Gründen, die wir kennen und deshalb schon jetzt entkräften.

Es ist wahr, durch die Heimarbeit ist die Entlohnung der Arbeiter nicht nur eine niedrige gewesen, sondern auch eine ungleiche. Differenzen von 25 und mehr Prozent in einem und demselben Betriebe, noch mehr in den Betrieben untereinander, sind jetzt noch gang und gäbe. Alle tariflichen Schutzbestimmungen haben die Schäden der unkontrollierbaren Heimarbeit nicht auszurotten vermocht. Die Sicherung des Achtstundentages für die Werkstatтарbeiter macht die Beseitigung der Heimarbeit zur gebieterischen Pflicht. In welcher Weise dies zu erreichen hat, haben wir in Nr. 48 unserer Zeitung vom 29. November 1918 klargelegt, es erübrigt sich deshalb, nochmals darauf einzugehen. Heute soll uns die Frage beschäftigen, ob die Heimarbeit wirklich der Lebensfaden der Lederwarenindustrie ist oder ob nicht nur Scheingründe geltend gemacht werden? Wir bestreiten die Berechtigung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterwesens für die Lederwarenindustrie, behaupten vielmehr, die Leistungsfähigkeit der Industrie wird durch das System der Betriebswerkstätten gesteigert. Voraussetzung dabei ist, daß auch die Lederwarenfabrikanten, der Not gehorchend, etwas großzügiger als bisher denken und handeln. Die Außerhausarbeit war ein zu bequemes Mittel, mit einer rationelleren Betriebsführung sich nicht zu beschäftigen. War Hochkonjunktur, so hieß es einfach: „Sie bekommen große Kosten, stellen Sie viel Leute ein!“ Die Heimarbeiter wurden so zu Zwischenmeistern und suchten aus billiger Arbeitskraft so viel wie möglich herauszuschinden. Beim Nachlassen des Geschäftsganges unterkoten sich die Zwischenmeister; Unternehmer benutzten dies zu Lohnrückstufen bei Heim- und Werkstatтарbeitern. Die Ware wurde billiger auf den Markt geworfen, ein zweiter, ein dritter tat das gleiche und nach kurzer Zeit hatte niemand einen Vorteil von den gedrückten Löhnen. Nur das Ausland konnte billig kaufen, kurz die Stapelindustrie hielt sich auf Kosten niedriger Arbeitslöhne. In der nach dem 9. November 1918 eingetretenen Zeitgeschichte muß dieser Uebelstand beseitigt werden, ohne die Ausfuhrmöglichkeit für Lederwaren zu beschränken. Das Mittel hierzu ist nicht schwer zu beschaffen. Es heißt: Fort mit der unrationellen, billia erscheinenden Heimarbeit! Einführung des Werkstättenbetriebes auf moderner Grundlage!

Ist es notwendig, daß bei Stapel- und Mittelware ein Arbeiter ein Trezor, eine Brief tasche oder dergl. von Anfang bis zu Ende herstellt? Ist da die Einführung von Teilarbeit nicht rationeller? Wenn beispielsweise ein Arbeiter vier Duzend dreiteilig gesteppte Trezors die Woche fertigstellen soll, muß er schon sehr flink sein. Zwei Hand-in-Hand-Arbeiter würden aber in derselben Zeit nicht 8, sondern 12 Duzd. herstellen. Diese beiden könnten nicht nur höher entlohnt werden, sondern neben den vermeintlichen Erparnissen durch die Heimarbeit verbliebe noch ein Ueberschuß. Nun soll die Zusammenarbeit nicht auf zwei Personen beschränkt bleiben, sondern auf eine beliebige Zahl vermehrt werden. Jeder einzelne eignet sich bestimmte Handfertigkeiten an, wodurch die Arbeitsleistung automatisch erhöht wird. Voraussetzung ist und bleibt, daß die Verantwortung und jedes Geschäftsrisko dem eigentlichen Betriebsinhaber zusteht und auf keine Mittelsperson übertragen werden darf. Die Entlohnung geschieht nach Zeit. In der Folge wird sich bald zeigen, daß gewisse Verrichtungen auch durch Maschinen getätigt werden können. Bei dieser Gelegenheit sei auf ein Kuriosum hingewiesen.

Als Anfang dieses Jahrhunderts die Schärmaschine erfunden wurde, sträubten sich alle

Fabrikanten, eine solche zu kaufen, trotzdem das Stück nur 500 bis 600 Mk. kostete. Auch die Arbeiter wollten nicht viel davon wissen, fürchteten sie doch, die Maschine nehme ihnen einen Teil der qualifiziertesten Arbeit weg, mache sie arbeitslos und dergleichen mehr. Unbeschadet dieser Kleingeisterei haben wir der Schärmaschine das Wort geredet. In Zeitungsartikeln und Vorträgen hat Schreiber dieses die Vorzüge und Fortschritte, denen wir entgegengehen, geschildert, mit dem Erfolge, daß die Arbeiter dem nicht trauten, die Unternehmer die Schärmaschine nicht kauften, einige intelligente Arbeiter Schärmaschinen errichteten. Als nachher die Vorteile sich zeigten, Leder, das vorher nie die Eignung zu Portefeulleszwecken hatte, durch die Schärmaschine zu feinen Artikeln verwendet werden konnte, änderte sich die Meinung. Heute besteht nur die eine Auffassung: ohne Schärmaschine wäre die deutsche Lederwarenindustrie nie so leistungsfähig geworden, wie sie es bis in die letzten Kriegsmonate hinein gewesen ist.

Was also damals von uns behauptet worden ist, wird sich auch diesmal bestätigen.

Die deutsche Lederwarenindustrie wird ohne Heimarbeit den Weltmarkt sich erobern, wenn bei Unternehmern und bei Arbeitern der ernstliche Wille sich betätigt. Die Unternehmer müssen ihren Betrieb den Neuanforderungen entsprechend umstellen, müssen sich daran gewöhnen, in den Arbeitern nicht nur profitischaffende Objekte zu sehen, sondern in ihnen Menschen erkennen, die gleichberechtigt an dem Aufbau eines neuen, besseren Wirtschaftssystems mitarbeiten. Aber auch die Arbeitnehmer müssen erkennen, daß nicht alle Industriezweige reif für die Sozialisierung sind. Sie müssen nicht nur darauf bedacht sein, den zu schaffenden Mehrwert unter sich zu teilen, sondern sie müssen einsehen, daß sie für die Allgemeinheit und für das Allgemeinwohl ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen haben. Die Arbeitszeit soll so gestaltet sein, daß ihnen Zeit zur Erholung, zur Ruhe, zum Genuß an allen Kulturerrungenschaften bleibt, der Lohn muß so hoch sein, daß sie ihre Existenzmöglichkeit davon bestreiten können. Darüber hinaus müssen Ueberschüsse erwirtschaftet werden, um uns alle aus dem Elend, in das uns der Weltkrieg hineingeschleudert hat, wieder herauszuarbeiten. Dazu soll uns gemeinsame Arbeit bringen, enge Solidarität innerhalb der Gewerkschaften. Die kommende Tarifbewegung wird uns zeigen, in welchem Maße bei Arbeitgebern und bei Arbeitnehmern dieser Solidaritätsgedanke auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Eine neue Zeit ist angebrochen, mögen die Arbeiter zeigen, daß sie ihr gewachsen sind. Die Unternehmer werden dann folgen müssen. Die Zeit begreifen und verstehen zu lernen, dazu brauchen wir eine einige, gut organisierte Arbeiterschaft innerhalb der modernen Gewerkschaften für unsere Kollegen und Kolleginnen, den Verband der Sattler und Portefeulles.

## Eine Vollsitzung des Ausschusses der Lederwirtschaft.

tagte am 5. und 6. Februar im Rheingold, Berlin. Nachdem die Herren List und Wallerstein mit der Leitung dieser Versammlung betraut wurden, referierte Herr Hauptmann Sauer von der Kriegsrohstoffabteilung über die Organisation der Lederzwanagswirtschaft und über die noch in Kraft befindlichen Vorschriften über Beschlagnahme, Höchstpreise usw. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß die Geschäfte der weiteren Lederorganisation ab 15. Februar bis 1. März vom Demobilisationsamt an das Reichswirtschaftsamt abgegeben werden. Die Lederbewirtschaftung ist für den freien Verkehr noch nicht reif, weil wir an einer außerordentlichen Lederknappheit leiden. Eine Aufhebung der Zwangsverwaltung würde der Spekulation Tür und Tor öffnen, was eine enorme Preissteigerung zur Folge hätte, wodurch die kleinen und mittleren Betriebe sehr zu leiden hätten. Ein systematischer Abbau sei vorzunehmen. Die sich hier anschließende Diskussion, Beratung und Formulierung von Anträgen nahm zwei volle Tage in Anspruch. Die Vertreter der Gruppe Häute und Felle sowie die der Lederindustrie (Unternehmer) berieten mit vielem Aedeaufwand die freie Wirk-



schaft. Den gegenteiligen Standpunkt nahmen die Arbeitnehmer und die Unternehmer der Schuhindustrie, der Lederverarbeitung und des Lederhandels ein, so daß der grundsätzliche Antrag b) um Aufhebung der Lederzwangsbewirtschaftung mit 20 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Angenommen wurden die Anträge

- a) Für Großviehhäute und Kalbfelle wird der Produktionszwang aufgehoben. Der Ausschuß für Lederwirtschaft soll eine Produktionsregelung herbeiführen, daß die Herstellung volkswirtschaftlich wichtiger Leder gewährleistet ist.
- c) Alle Bestimmungen, durch die eine Beschlagnahme und Höchstpreise für das aus Rehs-, Rot-, Dams-, Gemswild-, Gunders-, Schweine-, Kanins-, Hasen- und Katzenfellen hergestellte Leder sowie für Seehunfelle, Walroshäute, Renn- und Gientierfelle und daraus hergestellte Leder angeordnet sind, sollen aufgehoben werden.
- d) Für die unter c) genannten Häute-, Fell- und Lederarten kommen die Gutachterpreise und die Verpflichtung zu statistischen Meldungen in Fortfall.
- e) Die Beschlagnahme und die Höchstpreise für Lederabfälle, Gerbereiabfälle und Leimleder sollen aufgehoben werden.

Ebenso folgende Anträge der Fachgruppe Lederhandel:

1. Die Reichslederhandels-Gesellschaft ist aufzuheben.

Der Kleinverkehr mit freigegebenem Bodenleder ist folgendermaßen zu regeln:

- a) Die Einschreibungsliste für die Schuhmacher bei den Kleinhändlern bleibt unter Fortfall der Abgrenzung der Handwerksämter-Gebirke und unter Fortfall der Beschränkung auf zehn Arbeitskräfte bestehen. Irgendwelche Niederlassungen von Lederherstellern gelten nicht als Ledergröhhändler für fremde Fabrikate.
- b) Der Lederkleinhändler erhält eine Lederkarte auf Grund der bei ihm eingeschriebenen Arbeitskräfte. Die Lederkarte ist bei einem Ledergröhhändler einzutragen. Für je angefangene 50 Arbeitskräfte kann eine Eintragung bei einem weiteren Ledergröhhändler vorgenommen werden.

Ledergröhhändler, welche im Jahre 1913 in überragendem Maße, d. h. mindestens 60 Proz. Bodenledermasse mit Schuhmachern gemacht haben, können unter Verzicht auf ihren Umsatz mit Lederkleinhändlern (siehe c) beantragen, Einschreibungen von Schuhmachern entgegenzunehmen.

- c) Der Ledergröhhändler erhält eine Lederkarte auf Grund der bei ihm eingeschriebenen Lederkleinhandlungen. Er darf jedoch nicht mehr Lederkleinhandlungen zur Einschreibung annehmen, als nach Maßgabe seines Gewichtsumsatzes in Bodenledern im Kleinverkehr aus dem Jahre 1913 als Quote auf ihn entfällt. — Lederhersteller, die in überwiegender Maße ihre hergestellten Bodenleder-Gewichtsmengen im Jahre 1913 an den Kleinhandel abgesetzt haben, dürfen von Lederkleinhändlern, die in regelmäßigem Bezuge im Jahre 1913 deren eigene Erzeugnisse von ihnen bezogen haben, unter Beachtung einer evtl. Klassen- oder Sorten-Einteilung Einschreibungen auf ihre eigenen Erzeugnisse annehmen. Jedoch darf kein Lederkleinhändler eine größere Gewichtsmenge vom Lederhersteller beziehen, als er im Jahre 1913 von ihm bezogen hat.

2. Für den Großverkehr zur Belieferung der Schuhfabriken mit Bodenleder erhält der Ledergröhhändler eine Lederkarte nach Maßgabe des Jahresumsatzes 1913 im Großverkehr in Bodenleder. Den Schuhfabriken bleibt es freigestellt, die ihnen nach ihrem Jahresbezug an Bodenledern 1913 nach Gewicht zugeteilten Lederkarten durch eine Ledergröhhandlung oder durch eine Lederfabrik beliefern zu lassen.

Die bereits beschlossene Auflösung der Sattlerleder-Gesellschaft soll aufrechterhalten bleiben. Es wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, welche den Verteilungsplan für Sattlerleder vorbereitet soll. Außerdem wurde ein Ausschuß gewählt, der darüber zu beschließen hat, welche Lederarten volkswirtschaftlich wichtig sind und deren Herstellung durch die Produktion gewährleistet werden soll. Nach langen Beratungen über die Besetzung dieses Ausschusses, wobei jede Gruppe in unauflöslicher großer Zahl vertreten sein will, wird beschlossen, daß die Gruppe Häute und Felle 1, Lederherstellung 7, Lederhandel 1, Lederbearbeitung 3, Schuhindustrie 5 Vertreter entsenden soll. Es bleibt den Gruppen vorbehalten, diese zu bestimmen und auch darüber zu befinden, ob Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gruppe tätig sein sollen.

Zum Vorsitz des Ausschusses für die Lederwirtschaft wurden die Herren List und Kommerzienrat Wallerstein (Arbeitgeber), Mahler und Simon (Arbeitnehmer) gewählt.

**Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.**

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin.)

Aus den einleitenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die bestehenden linksrheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen.

Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden 4 Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden. Das an die Leeder und Berner Beschlüsse sich anlehrende sozialpolitische Regierungsprogramm ist unterdes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ (Nr. 27 vom 1. Februar 1919) veröffentlicht worden.

In der Deutschen Liga für den Völkerverbund hat Legien den Vorsitz für die sozialpolitische Abteilung übernommen.

Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus den Kreisen der Internationale in Bern den sofortigen Zutritt dringend empfiehlt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaften während der Revolution“ bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Räteystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zerplittere es die Einheit des Berufsweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf: jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räteystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Vortragsbewegung bewegte sich fast durchgehend in gleicher Richtung; im Baugewerbe lehnt man sogar mit größerer Vollmacht ausgerüstete Arbeiterausschüsse, mit denen die Betriebsräte ungefähr zusammenfallen könnten, ab, weil die in enger Fühlung mit den Gewerkschaften stehenden Vaußstellenbelegierten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwirrigkeit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen. Meist kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Räteystem seine Bedeutung ganz von selber verlieren werde. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes warnte gleichfalls vor Überhöhung der gegenwärtigen enttäuschenden Erfahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete beschränkt, im großen und ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzuhalten. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblid in den vorgeschlagenen Arbeitskammern für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die müß durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergbetrieben zu klären und auf bestimmtere Ziele hinzulenken. Im Steinbrudergewerbe, das zu 2/3 auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohnforderungen geradezu eine tolle Vermirrung angerichtet. Von einer Reichsregierung sah man ab, doch soll die Gewerkschaftspressen aufmerklicher die Tätigkeit der Arbeiterräte verfolgen.

Beim Punkt: „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“ schilderte Tassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die derzeit ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Zuwendungen sind bei der Antragsnahme der Gemeindebehörden nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung überkommen und unbegründet. Speziell für die

Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Anammeln immer größerer Lagerbestände hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitslosigkeit widerlege. In Oberschlesien und im Halleschen Braunkohlebevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalitätlicher und spartanischer Einflüsse. Immerhin wurde alleitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezüge von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitseigenenschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorläufigweise verauslagt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Vertiefung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreite zudem die Bildung der Fachgruppen und -ausschüsse sehr langsam fort. An die Stelle Schlicke, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energischer Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdet nach vorwärts zu drängen und kein Lebergewicht der sehr geschäftserfahrenen Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthüllte noch manchen stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegenätze, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um deren Willen öfter schon eine Verengerung der grundlegenden Satzung erstrebt wurde. An Stelle Schlicke, auch im Demobilisationsamt, wurde schließlich Cohen-Berlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz folgende Entschließung an:

**Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.**

Die Konferenz der Vorstandsvorteiler erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages, entgegen allen Grundsätzen des Völkerechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen reiflos ausgeliefert sind.

Die protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz erachtet die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungeheuerlichen Maßnahme geltend zu machen.

Der nächste Gewerkschaftskongress soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Satungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften ausarbeiten soll; auch die Sozialisierungfrage soll ihr behandelt werden.

Zu einer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe betr. das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung erteilte; ferner über die Stellungnahme des „Gastwirtschaftlichen“ zur Kellnerinnenentlassung. Ob die „Osmia“ wieder achtjährig erscheinen soll wird den beteiligten Verbänden zur Begutachtung unterbreitet werden. Dem Proteste der Leeder gegen die Art der Antragsnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Böhrings nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht spruchreif abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Feuerungszulagen an die Angehörigen der Generalkommission. Die Erörterung der Grenzstreitigkeiten zwischen Bergbauarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

## Aus unserem Beruf.

**Altleder-Verwertung.** Das Reichsverwertungsamt hat durch Vertrag vom 28. Januar 1919 die Verwertung freierwerdender Heeresbestände an Altleder der „Altleder-Verwertungs-Stelle G. m. b. H.“, Berlin, ein für allemal übertragen und bittet, sämtliche militärischen Stellen unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, daß die in Betracht kommenden Gegenstände ausschließlich an diese Gesellschaft abgegeben werden dürfen.

Für die Anweisung wird etwa folgende Fassung vorgeschlagen:

„Sämtliche durch die Demobilisierung freierwerdenden Heeresbestände an Altmaterialien, die ganz oder teilweise aus Leder bestehen, sind zur Verfügung der Altleder-Verwertungs-Stelle G. m. b. H., Berlin, zu halten und anderweitig nicht zu veräußern. Ausgenommen hiervon sind:

- Gegenstände, die in ihrem Zustand oder nach Instandsetzung dem ursprünglichen Verwendungszweck zugeführt werden können, abgesehen von getragenen Schuhwerk (also z. B. ausbesserungsfähige Geschirre und Stallsachen usw.);
- Gegenstände, die nur zum geringeren Teil aus Leder bestehen, und bei denen Verwertung des übrigen Materials als hauptsächlichster Zweck in Frage kommt. Verfügbare Lager an Altleder-Gegenständen sind dem Reichsverwertungsamt, Berlin, Abteilung Leder, unverzüglich unmittelfach anzumelden, ebenso Bestände an freierwerdenden neuen Ausrüstungsstücken, die vermutlich ihrem Zweck entsprechend nicht mehr verwendet, sondern getrennt und als Altleder verwertet werden müssen.

Die an die Altleder-Verwertungs-Stelle G. m. b. H. zur Abgabe gelangenden Transporte sind frei Bahn bezw. Schiff anzuliefern. Maßgebend für die Ablieferung ist das festgesetzte bahnamtliche Gewicht. In Zweifelsfällen ist Entscheidung des Reichsverwertungsamts herbeizuführen.“

## Korrespondenzen.

**Breslau.** (G. 5. 2.) Am 30. Januar fand im „Bürgergarten“ (früher Pariser Garten) eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Heiber hieß die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen herzlich willkommen und forderte sie auf zu reger Beteiligung am Verbandsleben. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden, und die Versammlung dankte dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab Kollege Rudolph einen Rückblick auf die Verbandstätigkeit während der Kriegsjahre. Schon wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges entstanden durch die zahlreichen Aufträge viele neue Betriebe, meistens Fabrikanten, die nie zuvor Ausrüstungsstücke angefertigt hatten. Um nun auch geeignete Arbeitskräfte heranzuziehen, überbot man sich in der Bezahlung. Diesem Treiben wurde ein Ende gemacht durch die Schaffung eines Reichstarifs im März 1915. Damit nun auch die Bestimmungen des Tarifs ausgeführt wurden, mußten Schlichtungskommissionen gebildet werden, welche bei etwaigen Streitigkeiten zu entscheiden hatten. Die hiesige Schlichtungskommission mußte in 6 Fällen eingreifen, um den Kollegen zu dem tarifmäßigen Lohn zu verhelfen. Der Reichstarif hatte Gültigkeit bis März 1918. Da aber das Ende des Krieges noch nicht absehbar war, wurde er verlängert bis Oktober 1919. Der Reichstarif ist von großer Bedeutung für die ganze Sattlerbewegung. Lohnbewegungen haben während des Krieges nicht stattgefunden, denn die Privatindustrie lag darnieder. Auch in der Militärbranche war im Jahre 1918 wenig Arbeit, und es wurden wieder viele Kollegen eingezogen. Im Jahre 1917 aber gab es wieder reichlich Aufträge, besonders Artilleriearbeit. Trotzdem die Kassenverhältnisse sehr günstig waren, denn Arbeitslose und Streiks gab es nicht, wurde doch am 1. Dezember 1917 durch Urabstimmung beschlossen, die Beiträge zu erhöhen, um für die kommende Zeit gerüstet zu sein. Unterstützung an die Familien eingezogener Kollegen sowie an die Hinterbliebenen verstorbenen Kollegen wurden 3018 Mk. gezahlt. Die Mitgliederbewegung war sehr lebhaft. Sie erreichte den Höchststand am 1. April 1918 mit 237 männlichen und 238 weiblichen Mitgliedern. Zum Heeresdienst eingezogen waren 228 Kollegen, von denen 20 der Felder tot fanden. Kollege Rudolph schloß nun seine Ausführungen mit der Aufforderung, jeder müsse an der Verbreitung unserer Organisation mitarbeiten nach dem Sprichwort: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Reicher Beifall der Versammlung. Hierauf wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Unter Verschiedenes berichtete Kollege Heiber über die Sachauschüsse. Es wurde ein Kollege aus der Geschirrbremse als Obmann gewählt.

**Essen.** (G. 5. 2.) Am 1. Februar tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher unser Gauleiter Kollege Schneider einen Vortrag hielt über: „Gewerkschaften der neuen Zeit“. Anfangs seiner Ausführungen schilderte der Referent den Zusammenbruch Deutschlands, woraus sich die Revolution entwickelte. Es sei auch völlig verkehrt, zu glauben, daß Revolutionen gemacht werden könnten, sondern solche Umwälzungen bedürfen einer gründlichen Vorbereitung, um bei gegebener Zeit die Macht an sich zu reißen. Daß Deutschland in industrieller Entwicklung mit den übrigen Staaten konkurrieren konnte, bedroht Redner durch zahlenmäßiges Material, daß unsere Ausfuhr an Waren die Einfuhr weit übersteigt, was auch unbedingt auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters zurückzuführen ist. Noch nicht vollständig ist der Kapitalismus niedergeworfen; dieserhalb müssen wir bestrebt sein, unsere Organisation zu stärken durch Gewinnung der uns noch fernstehenden Kollegen, um auch unseren Kollegen zu Löhnen zu verhelfen, die den heutigen Verhältnissen entsprechen. Sozialisierungen können jetzt nur vorgenommen werden bei den Betrieben, die dazu reif sind, wie Bergbau, Waggon- und Lokomotivbau. In den so oft genannten Zukunftstaat müssen wir uns hineinwachsen, wozu es der Arbeit jedes einzelnen bedarf in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung. In der Diskussion griff Kollege Berger auf einige Punkte des Referats zurück und forderte die Kollegen auf, recht refer für den Verband zu agitieren. Unter Punkt Verschiedenes kamen einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache, die durch Werkstatttagungen in aller nächster Zeit ihre Erledigung finden werden.

**Ulm a. Donau.** (G. 5. 2.) Am 24. Januar 1919 fand unsere Generalversammlung statt, welche von 65 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern besucht war. Einleitend gab der Vorsitzende bekannt, daß noch in den letzten Wochen des Weltkriegs unser Kollege Freudigmann diesem zum Opfer gefallen sei. Unter Geschäftliches gab der Vorsitzende verschiedene Korrespondenzen bekannt, die er mit Zentralvorstand und Gauleitung und verschiedenen Firmen gepflogen hatte. Auch auf dem Platte Ulm sei vielen Arbeitern gekündigt, so daß eine große Arbeitslosigkeit in Aussicht stehe. Des Weiteren gab der Kassierer das Resultat der Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 1369,85 Mk., die Lokalkasse zeigt einen Bestand von 2188 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 152 männliche und 71 weibliche.

Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu ersehen, daß unsere Organisation auch im verfloßenen Jahr wieder Fortschritte zu verzeichnen hatte. Es fanden im ganzen 13 Versammlungen, zirka 30 Sitzungen und verschiedene Werkstattversammlungen statt. Der Wechsel im Ausschuss war stets ein großer. Das Amt des Vorsitzenden wurde dreimal, der Schriftführerposten viermal befehlt werden. Der Bestand des lokalen Unterstützungsfonds betrage 2320 Mk. Zum Schluß gab er ein Bild über unsere Zukunftsaussichten, das nicht sehr erfreulich war. Kollege Storz gab den Bericht der örtlichen Schlichtungskommission. Es wurden durch Verhandlung und Urteile Nachzahlungen für die Arbeiter von im ganzen 4265 Mk. erreicht. Bei Punkt 4, Wahlen, mußte fast der gesamte Ausschuss neu bestellt werden. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Koll. Eisenhart, 2. Vorsitzender Koll. Obermeier, Kassierer Koll. Streckfuß, Schriftführer Koll. Walcher und als Beisitzer Koll. Schneider. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, auch in diesem Jahr den Verband hochzuhalten.

## Soziales.

**Ausführungsvorschrift zur Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlichte am 4. Februar eine Ausführungsvorschrift, wonach die Verpflichtung der Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, betreffs Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, auch die Rechtsnachfolger der früheren Arbeitgeber und diejenigen Personen trifft, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder § 25 des Handelsgesetzbuchs für deren Verbindlichkeit haften, sofern sie den Betrieb fortführen. Entsprechendes gilt auch bei einer mehrfachen Rechtsnachfolge oder einem mehrfachen Wechsel der nach den genannten Bestimmungen haftenden Personen.

## Sterbetafel.

Berlin. Am 1. 2. verstarb unser Mitglied, der Treibriemensattler Ernst Gert. — Am 4. 2. verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Friedrich Schubert. — Am 4. 2. verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Bernhard Deutscherndorf. — Am 2. 2. verstarb im Lazarett der Kollege Alfred Kempe, 32 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

## Verband der Sattler und Portefeuller. Verwaltungsstelle Berlin.

Am Dienstag, den 25. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:  
**Generalversammlung**

Tagesordnung:

- Die Abrechnung vom 4. Quartal 1918.
- Jahresbericht der Ortsverwaltung.
- Neuwahl der Revisoren.
- Neuwahl einer Schlichtungskommission.
- Wahl der Kuratoriumsmitglieder und Ersatzleute für den paritätischen Arbeitsnachweis.
- Verschiedenes.

Ohne Mitgliederausweis kein Zutritt!

Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Rummetbauer

welcher selbständig arbeiten kann, findet dauernde Stellung. Derselbe kann ev. verheiratet sein.

J. F. E. Wöller

Essen, Viehoferstraße 24/26.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

Gegründet 1890.  
Beschaffen S. P. gratis und franco.

## Zupfmaschine

gebraucht oder neu zu kaufen gesucht.  
Befl. Offerten unter N. B. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Fachbücher für Sattler.

**Vausch,** Der Waagenfabrikant, broschiert 11,15 Mk., gebunden 14,75 Mk.  
**Bergerhoff,** Der moderne Tapezierer, broschiert 9,35 Mk., gebunden 11,75 Mk.  
**Morgenstern,** Der Sattler-Lehrling, 1 Mk.  
**Rausch,** Der praktische Sattler, broschiert 14,75 Mk., gebunden 17,50 Mk.  
**Reibestahl,** Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,05 Mk., gebunden 6,85 Mk.  
**Reuter,** Die Schule des Tapezierers, broschiert 9,35 Mk., gebunden 12,95 Mk.  
**Schiller,** Zuschneiden der Sattler-, Atemer- und Fäshnerarbeiten, in Mappe 9,35 Mk.

Bei Einsendung des Betrages portofreie Zusendung.

**Joh. Saffenbach, Berlin 16,  
Engelauer 15.**

## Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahleisen bei schwerer Arbeit Arger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

**Karl Schiller, Stuttgart,  
Luifenplatz 6.**